

Das klassische Ehrenamt in der Betreuung ist vom Aussterben bedroht

SPD-Politiker und BdB-Vertreter sehen Notwendigkeit zu Änderungen im Betreuungsrecht

Dresden, 22. Dezember 2016 – „Das Gesetz zielt vorrangig auf die Gewinnung von ehrenamtlichen Betreuern und verliert sich zunehmend in Wünschen und Vorstellungen, die realistisch nicht umgesetzt werden können. Das klassische Ehrenamt ist vom Aussterben bedroht, und die Betreuungsvereine stehen vor finanziell unlösbaren Strukturproblemen“, sagte Fred Fiedler vom Bundesverband der Berufsbetreuer/innen. Während eines Gesprächs im Landtag sahen auch die SPD-Politiker die Notwendigkeit für Veränderungen.

Geladen hatten Dagmar Neukirch, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, zugleich Sprecherin für Soziales, Gesundheits- und Pflegepolitik sowie Harald Baumann-Hasske (SPD), Sprecher für Justizpolitik sowie für Europapolitik der Fraktion. Der Einladung folgten Fred Fiedler und Silke Hagenow-Ukat von der Landesgruppe Sachsen sowie Stefan Hupfer als 1. Vorsitzender des Dresdner Betreuungsvereins.

„Anknüpfend an die Große Anfrage der Partei Die Linke und der daraus resultierenden Diskussion im Landtag Ende September dieses Jahres und dem Vortrag in der Enquete-Kommission Pflege haben wir die beiden Politiker über die aktuelle Situation im Betreuungsbereich Sachsen umfassend informiert“, sagte Silke Hagenow-Ukat vom BdB.

Zu den Problemen zählen u.a. das altersbedingte Ausscheiden und die unattraktiven Arbeitsbedingungen für Neueinsteiger. Dagmar Neukirch: „Wir müssen gemeinsam überlegen, wie wir nachhaltig und den aktuellen Gesetzen entsprechend der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung angepasst agieren können.“

Harald Baumann-Hasske wird sich bei Christian Lange, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz und Verbraucherschutz (BMJV) im Rahmen des Arbeitskreises erkundigen, welche bundespolitischen Aktivitäten im Gange sind. „Auch ich unterstütze das Anliegen, die Positionen der Betreuer zu stärken und verstehe, dass Änderungen im Betreuungsrecht notwendig sind“, sagte der Politiker.

Die Teilnehmer der Gesprächsrunde waren sich einig: Im Rahmen der Auswertung der vom BMJV in Auftrag gegebenen Studie zur Qualität in der Betreuung sollen auch im kommenden Jahr weitere Gespräche zwischen der Landesgruppe und der SPD-Fraktion stattfinden.

Pressekontakt:

nic communication & consulting | Bettina Melzer

Tel: 030 – 23 63 55 46 | mobil: 0163 – 575 1343 | Email: bm@niccc.de | Web: www.niccc.de

Über den BdB:

Der Bundesverband der Berufsbetreuer/innen e.V. (BdB) zählt mehr als 6.700 Mitglieder. Er ist die größte Interessenvertretung des Berufsstandes „Betreuung“. Der BdB vertritt die Interessen seiner Mitglieder in bundes- und landespolitischen Gremien. Der Verband fördert die Professionalisierung von Berufsbetreuung und verfolgt das politische Ziel, Betreuung als anerkannten Beruf zu etablieren. Er setzt sich für die Qualitätsentwicklung und -sicherung in der Betreuungsarbeit ein. Der BdB bietet Service- und Dienstleistungen wie Rechtsberatung, unterstützende PC-Software oder Versicherungsleistungen. www.bdb-ev.de